

UNI-REPORT

Donnerstag, 5. Juli 1973

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT FRANKFURT

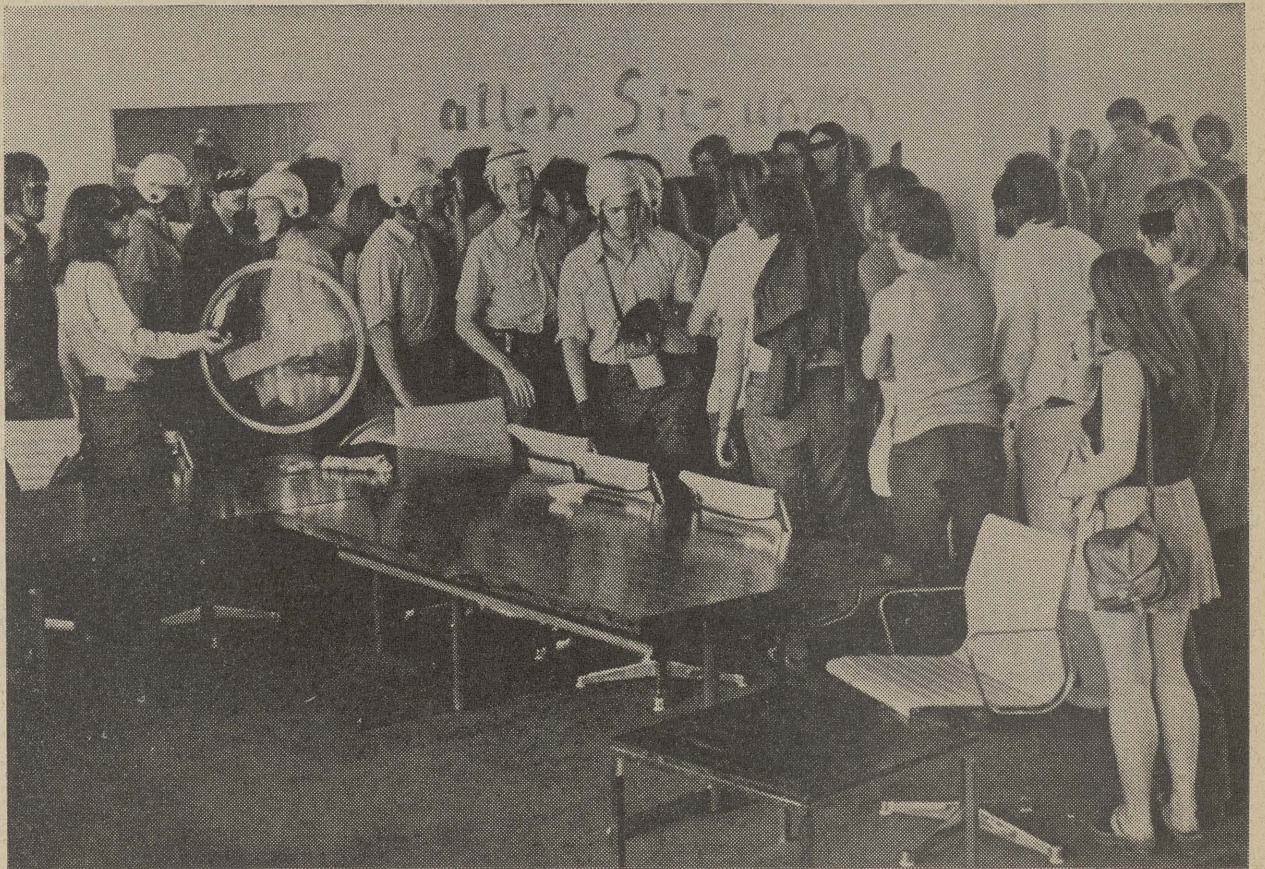
Jahrgang 6 / Nr. 9

Polizei räumte den besetzten Senatssaal

Während der Haushaltsausschuß am 20. Juni im Technischen Rathaus der Stadt Frankfurt tagte und den Raumverteilungsplan beschloß, wurde in der Universität die Polizei aktiv. Sie räumte den Senatssitzungssaal in der Präsidentenloge des Juridicums, wo 70 bis 80 Studenten eingebrochen waren. Dabei kam es zu keiner Gewaltanwendung, denn die Studenten verließen angesichts von rund 25 Polizisten freiwillig das Gebäude.

Die Aktion der Studenten war auf einem Teach-in des AstA mit annähernd 400 Teilnehmern beschlossen worden. Sie richtete sich gegen die Verlegung der Sitzung des Haushaltsausschusses ins Rathaus, wo er unter Polizeischutz und unter Ausschluß der Öffentlichkeit tagte und gegen die vorsorglich auf dem Universitätsgelände postierte Polizei. Die Sitzung des Haushaltsausschusses war, wie im letzten »Uni-Report« berichtet, ins Rathaus verlegt worden, nachdem sie eine Woche zuvor wegen der Störung durch Studenten vom Präsidenten abgebrochen worden war. Der Konflikt geht zurück auf die Wahl der studentischen Mitglieder für die Zentralen Ausschüsse durch den Konvent, wobei sich die Mehrheitsfraktion weigerte, Heiner Heseler vom SHB/sf zu wählen. Die Räumung des Senatssaals war durch den Präsidenten veranlaßt worden, nachdem er im Rathaus davon unterrichtet worden war, daß die Studenten die Tür aufgebrochen, einige Parolen an die Wände geschmiert, Buttersäure verschüttet und versucht hatten, in weitere Räume einzudringen.

Nach der Räumung gab der Präsident eine Presseerklärung ab, in der es heißt: »Die Vorfälle heute nachmittag haben erneut gezeigt, daß die radikalen Gruppen der Studentenschaft vor gewaltsamen Aktionen nicht zurückschrecken. Der Präsident sieht hierdurch den Beschluß des Haushaltsausschusses, unter Ausschluß der Öffentlichkeit zu tagen, voll gerechtfertigt.« Die Minderheitsfraktion im Haushaltsausschuß hatte gegen diesen Beschluß gestimmt. Sie gab folgende Presseerklärung ab: »Zu Beginn der Sitzung des Ständigen Haushaltsausschusses der Universität, die heute im Technischen Rathaus stattfand, stellte ein Vertreter der Minderheitsfraktion den Antrag, die Sitzung auf das Universitätsgelände zurückzoverlegen und die Öffentlichkeit zuzulassen. Der Gegenantrag des Präsidenten wurde – genau wie die Einberufung des Ausschusses außerhalb der Universität – mit ‚nicht ausschließenden Störungen‘ begründet und gegen die Stimmen der Vertreter der Minderheitsfraktion angenommen. Darauf verließen diese die Sitzung.«



Während der Haushaltsausschuß im Technischen Rathaus tagte, drangen etwa 80 Studenten in den Senatssitzungssaal der Universität ein. Daraufhin wurde die Polizei aktiv. Sie räumte den Sitzungssaal in der Präsidentenloge. Es kam zu keinen Gewaltanwendungen. Die Studenten räumten freiwillig den Saal. Zurück blieben einige Parolen, mit Filzstift an die Wände geschrieben, eine aufgebrochene Tür und der Gestank von Buttersäure.

„Freies Essen“ in der Mensa

Gegen die Novellierung des Studentenwerkesgesetzes, die am Dienstag auf der Tagesordnung des Hessischen Landtags stand, protestierten am gleichen Tag Studenten der Universität Frankfurt in ungewöhnlicher Form. Sie verteilten einen fingierten Brief des Kultusministers Ludwig von Friedeburg zusammen mit gefälschten Gutscheinen für ein Freieessen nach Wahl in der Mensa. Die Gutscheine trugen die Unterschrift von Präsident Kantzenbach. Der fingierte Brief des Kultusministers an den Präsidenten endete: „Aus Anlaß der heutigen ersten und zweiten Lesung und weil es mir gelungen ist, den Entwurf dieses Reformwerkes bis heute geheim zu halten, lade ich alle Studenten der Universität Frankfurt zu einem Freieessen in der Mensa ein. Guten Appetit!“

Das Personal der Mensa erkannte die Gutscheine nicht an. Als darauf eine größere Anzahl von Studenten ihr Essen ohne zu zahlen mit an den Tisch nahm, wurden der Teil der Mensa, in dem Wahlessen ausgeteilt werden, und die Cafeteria der Mensa geschlossen. Die inhaltliche Kritik der Studenten

richtet sich gegen die Streichung des Rechts der Studentenschaft auf Selbstverwaltung des Studentenwerkes. Sie befürchten dadurch eine Erhöhung der Sozialbeiträge, der Preise für die Mensaeessen und der Wohnheimmieten. Weiterhin richtet sich der Protest gegen die Einschränkung der Mitbestimmung in den Studentenwerken sowie die Ersetzung der Rechtsaufsicht des Kultusministers durch die Fachaufsicht.

Gegen die unerwartet frühe Verabschiedung des »2. Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Studentenwerke bei den Hochschulen des Landes Hessen« am Dienstag (3. Juni) hatte am Montag der Präsident der Universität Gießen protestiert. Diesem Protest hatten sich der Präsident und der Vizepräsident der Universität Frankfurt angeschlossen. Die Präsidenten forderten, daß vor einer Novellierung die Betroffenen gehört werden.

Präsident Meimberg hatte erst wenige Tage vor der geplanten Verabschiedung der Gesetzesnovelle Informationen darüber erhalten. In seinem Schreiben an den hessischen Kultusminister und an Landtagsabgeordnete heißt es: »Dabei sind tiefgreifende Änderungen der bisherigen Regelungen vorgesehen. Unter anderem sollen die Universitätspräsidenten Vorsitzende der Studentenwerksvorstände werden. Gegen das für eine Demokratie einzigartige und beschämende Verfahren, ohne Anhörung der Betroffenen und obwohl die Angelegenheit seit Monaten ansteht, ein Gesetz so tiefgreifend zu ändern, muß ich energisch Protest einlegen. Insbesondere wende ich mich dagegen, daß Amtsinhabern, die für

andere Aufgaben gewählt worden sind, ohne ihr Einvernehmen umfangreiche zusätzliche Belastung und Verantwortung übertragen werden soll.«

Weiter kritisiert Meimberg, daß die Novelle zwei Anforderungen nicht gerecht wird:

1. Der soziale Charakter soll voll erhalten bleiben, so daß der wirtschaftlichen Lage der Studentenschaft angemessene Leistungen erbracht werden.
2. Die Studentenwerke müssen mit höchstmöglicher wirtschaftlicher Effizienz arbeiten können.

Koordinationsstelle „Wizum“

Die Koordinationsstelle zur Errichtung eines Wissenschaftlichen Zentrums für Umweltforschung (WIZUM) ist seit dem 1. Juni mit Dipl.-Volkswirt Karl-Heinz Schindler besetzt. Die nächsten Schritte bestehen darin, daß einmal der zentrale Haushaltsausschuß der Universität Mittel für den organisatorischen Aufbau zur Verfügung stellt, und zum anderen, daß die interessierenden Fachbereiche die Gründung des Zentrums vollziehen. Dazu will Karl-Heinz Schindler im Oktober der Umwelt-Senatskommission einen Sitzungsvorschlag vorlegen. Nach Möglichkeit soll dann noch in diesem Jahr die Gründung vollzogen werden. Nach der Anzahl der Nachfragen zu urteilen, nimmt das Interesse an einer solchen interdisziplinären Einrichtung zur Umweltforschung ständig zu.

Die nächste Ausgabe von **UNI-REPORT** erscheint am 25. Oktober 1973. Redaktionsschluß ist der 19. Oktober, in Ausnahmefällen auch später. **UNI-REPORT** steht im Rahmen seiner Möglichkeiten allen Universitätsmitgliedern für Veröffentlichungen zur Verfügung.

SF/SHI, SHB und der Spartakus bilden AstA

Die Universität Frankfurt hat einen neuen AstA. In der Studentenparlamentssitzung am Montag (2. Juli), entschlossen sich die Gruppen SF/SHI (7 Sitze), SHB (3 Sitze) und Spartakus (2 Sitze) zu einer Koalition. Sie haben zusammen zwölf der insgesamt 22 Sitze im Studentenparlament. Zum Vorsitzenden des AstA wurde Klaus Graf (SHI) gewählt. Stellvertreter sind Herbert Gissel (SHB) und Wolf Schwarz (SHI).

Nach den Wahlen im vergangenen Dezember hatten sich die politischen Gruppen in der Frage der Besetzung des AstA nicht einigen können. Das Studentenparlament löste sich daraufhin auf. Nach den Neuwahlen vom 5. bis 7. Juni dauerten die Verhandlungen zur AstA-Bildung nur knapp einen Monat.

Die Fachbereiche ziehen um

Die Verteilung der Gebäude und Räume an die einzelnen Fachbereiche (1 bis 18) bei Bezug des AfE-Turms im Herbst hat der Zentrale Haushaltsausschuß der Universität auf seiner Sitzung am 20. Juni beschlossen. Diesem Generalumsetzungsplan mißt Präsident Kantzenbach, wie er vor dem Ausschuß betonte, deshalb besondere Bedeutung zu, da die Universität mit Fertigstellung des Turms und des 1. Bauabschnitts in Niederursel auf lange Sicht keine größeren Raumzuwächse mehr zu erwarten hat. Damit ist vorerst die letzte Chance gegeben, die mangelhafte Raumsituation zu verbessern, wenn auch keineswegs eine befriedigende Lösung erzielt werden kann.

Grundlage des Umverteilungsplans ist ein Vorschlag der Planungsabteilung der Universität. Leitlinien für das problematische Verteilungsverfahren waren:

1. Die Zuweisungen erfolgen auf der Basis der quantitativen Beurteilung der Situation der einzelnen Fachbereiche unter Berücksichtigung der gestellten Anträge. Hierbei ist quantitative Unterdeckung des Raumbedarfs Voraussetzung für die Zuteilung von Zuwächsen.

2. Die konkreten Zuteilungsvorschläge sind unter dem primären Aspekt der räumlichen Zusammenführung von Fachbereichen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten erstellt. Hierbei sind auch Umsetzungen möglich, die dieses Ziel erreichen, ohne eine Vergrößerung des Raumvolumens zu schaffen.

3. Die vorhandenen und zur Verteilung stehenden Räumlichkeiten sollen gemäß ihrer Ausstattung einer

optimalen Nutzung zugeführt werden.

4. Vorschläge sollen möglichst wenig Kosten (Umbau, Umzug) verursachen.

5. Den Planungen der einzelnen Einrichtungen soll entsprochen werden im Rahmen der Leitlinien 1 bis 4.

Zur Berechnung der Flächenrichtwerte wurden die korrigierten Studentenzahlen (Maßgrößen der Belastung durch Hauptfach- und Nebenfachstudenten) herangezogen. Denn sie sind die einzigen vorhandenen Werte, die den gesamten Raumbedarf implizit enthalten, da darauf auch die Personalausstattung der Universitäten beruht. Die Richtwerte sind fachspezifisch differenziert (Geisteswissenschaften und Naturwissenschaften).

(Fortsetzung auf Seite 2)



Unhaltbare Zustände im Kindergarten der Universität? Sechs Eltern haben ihre Kinder aus Protest abgemeldet. Sie klagen über mangelnde Aufsicht, falsche Erziehungsmethoden und unhygienische Verhältnisse. Foto: Bopp

Unhaltbare Zustände

Der studentische Kindergarten der Frankfurter Universität bereitet Kummer. Aus Protest gegen mangelnde Aufsicht, Erziehungsmethoden und hygienische Verhältnisse haben sechs Eltern ihre Kinder abgemeldet. Sie wollen sie erst wieder in den Kindergarten schicken, wenn sich die nach ihrer Meinung unhaltbaren Zustände verbessert haben.

In einem Teach-in am Mittwoch (27. 6.) brachten die Eltern ihre Beschwerden vor. Das adS/SLH hatte dazu eingeladen. Die Resonanz war schwach. Nur etwa 30 Zuhörer fanden sich ein. Zu hören waren nur die anklagenden Eltern; die »angeklagten« Bezugspersonen – das sind die hauptamtlichen Kindergärtnerinnen und Laien – waren nicht erschienen. Sie beriefen sich auf ihre Dienstpflichten, die sie daran hinderten, sich an der Diskussion zu beteiligen. Die Beschwerden waren vielfältig. Beanstandet wurde, daß

- drei- bis fünfjährige Kinder allein stark befahrene Straßen überqueren,
- die Kinder von der Polizei wiederholt in der Nähe der Universität (Grüneburgpark) eingesammelt werden mußten,
- die hygienischen Verhältnisse untragbar sind. Hunde und Schafe fressen aus den gleichen Töpfen wie die Kinder,
- die Kinder einseitig indoktriniert werden,
- die Bezugspersonen selbst bestimmen, wann sie arbeiten und wann sie frei haben wollen.

Mit ihrer Kritik blieben die Eltern allein. Eine andere Elterngruppe, die unter den Zuhörern saß, mochte sich den Vorwürfen nicht anschließen. Sie verließ den Saal. Ihre Kinder, so

meinten sie, würden sich im Kindergarten wohl fühlen.

Die spärliche Beteiligung am Teach-in war auf die Hälfte gesunken, als man sich auf eine Resolution einigte, mit der wieder ein geordneter Betrieb in den Kindergarten einziehen soll.

Außer der Abschaffung der genannten Mißstände wird darin gefordert, daß in erster Linie nur ausgebildete Kindergärtnerinnen eingestellt werden. Laien dürfen nur beschäftigt werden, wenn die Vollversammlung des Kindergartens dies mit Mehrheit beschließt. (Im Uni-Kindergarten ist Deutschlands wohl berühmtester Laien-Kindergärtner tätig: Daniel Cohn-Bendit.) Die Kosten für einen Ganztagsplatz sollen von 150 auf 120 Mark, die für einen Halbtagsplatz von 100 auf 75 Mark gesenkt werden. Dies soll durch eine Erhöhung des Kindergartenanteils im AstA-Haushalt von 17 900 auf 35 000 Mark ermöglicht werden.

Heikel wurde es, als es an die »Bestrafung« der Angeklagten ging: Strafanzeige wurde gefordert. Nicht etwa von den betroffenen Eltern. Der Vorschlag kam aus der Reihe der Zuhörer. Dem mochten die Eltern doch nicht zustimmen. So einigte man sich, nur ein Dienstaufsichtsverfahren einzuleiten.

Neuer Studienführer für die Uni

Im Dezember 1971 begrüßte der Ständige Ausschuss für Lehr- und Studienangelegenheiten der Universität in einem Beschluß die Erstellung eines Studienführers für die Universität Frankfurt am Main und verband damit die Bitte an den Haushaltsausschuss zu prüfen, ob zu diesem Zweck im Jahre 1972 ausreichende Mittel bereitgestellt werden könnten. Diesem Wunsch entsprach der Haushaltsausschuss im April 1972, so daß alle Wege für eine Redaktion des Studienführers geebnet waren. Die zum Teil sehr stark verzögerte Reaktion einzelner Fachbereiche auf die Bitte um Bereitstellung von Fachbeiträgen, die herannahende sommerliche Urlaubszeit und personelle Unterbesetzung und Veränderungen in der Presseabteilung trugen dazu bei, daß erst ab Februar 1973 mit der Zusammenstellung der Beiträge etc. begonnen werden konnte. Verlegerische und drucktechnische Überlegungen sorgten dann nochmals für eine Verzögerung, so daß

erst jetzt – zum Ende des Sommersemesters 1973 – der lang erwartete Wegweiser durch die Universität Frankfurt am Main vorliegt.

Der Studienführer beruht hauptsächlich auf den Informationen über die Studienfächer in den einzelnen Fachbereichen. In unterschiedlicher Breite sind die an der Universität vertretenen Studiengänge dargestellt worden, so daß dem angehenden als auch bereits immatrikulierten Studenten Orientierungshilfen vor allem im Hinblick auf die Studienfachwahl und den Studienaufbau gegeben werden.

In Ergänzung zu der fachlichen Seite bietet der Studienführer Informationen zur Struktur der Universität, zu sozialen Angelegenheiten, Förderungsmöglichkeiten (BAFÖG, GFG etc.), Gesundheitsdienst, Wohnheime u. a., zu Fragen der allgemeinen Einschreibungsvoraussetzungen, des Ausländer- und Auslandsstudiums, der Prüfungsämter, wissenschaftlichen Zentren, Bibliotheken etc. Ein

Die Fachbereiche ziehen um

(Fortsetzung von Seite 1)

Vor seiner Beschlussfassung hatte der Ausschuss die Vertreter der Fachbereiche angehört, die teilweise wesentliche Änderungen gegenüber dem Vorschlag der Planungsabteilung, für den sich der Präsident mit Nachdruck einsetzte, wünschten. In einigen Fällen kam der Haushaltsausschuss den Änderungswünschen nach.

Zunächst faßte der Ausschuss zwei Grundsatzbeschlüsse:

1. Der Ausschuss geht davon aus, daß grundsätzlich die Gebäude der Chemie in Niederrad dem Fachbereich 14 (Chemie) verbleiben. Er beauftragt die Planungsgruppe, zu überprüfen, ob ungeachtet dessen die Möglichkeit besteht, Teile der Mikrobiologie in den von der Chemie oder Medizin genutzten Gebäuden unterzubringen. Der Ausschuss anerkennt, daß Ansprüche der Fachbereiche 13, 14, 15, und 16 (Physik, Chemie Biochemie und Pharmazie, Biologie) auf Räume in der »Ruine« bestehen. Er beauftragt die Planungsgruppe, einen Vorschlag für die Raumverteilung in der »Ruine« auszuarbeiten.

2. Die Verwaltung (bisher Schumannstraße) wird im Mehrzweckgebäude untergebracht. Mit dem zweiten Grundsatzbeschluss wurde ein wesentliches Anliegen des Präsidenten berücksichtigt: Die Präsidialabteilung und das Kanzleramt werden damit im Mehrzweckgebäude (Juridicum) vereint. Dies ist nach seiner Auffassung ein wesentlicher Schritt zur Realisierung der durch das hessische Hochschulrecht geforderten Einheitsverwaltung. Im folgenden werden die Beschlüsse in der Reihenfolge der einzelnen Fachbereiche aufgeführt:

Fachbereich 1, Rechtswissenschaften

Es wurden keine Veränderungen gegenüber den derzeitigen Verhältnissen beschlossen, da die qualitative und quantitative Raumsituation des Fachbereichs im Gebäude Senckenberganlage 31 bis 33 überdurchschnittlich gut ist und noch ein Ansteigen der Studentenzahl verkraftet werden kann. Der Raum 106 im Juridicum wird dem Zentralen Recheninstitut zugesprochen.

Fachbereich 2, Wirtschaftswissenschaften

Dem Fachbereich werden zugeordnet:

1. sämtliche im Hauptgebäude durch den Bezug des Turmes frei werdenden Räume der Fachbereiche 3 und 5,
 2. sämtliche vom Fachbereich 4 abzugebenden Räume in der Bockenheimer Landstraße 140, 140 a und Sophienstraße 56,
 3. die bisherigen vom Fachbereich 3 genutzten Räume im Erdgeschoß der Jügelstraße 1.
- Gleichzeitig werden dem Fachbereich entzogen:

1. Sämtliche von ihm genutzten Flächen im Gebäude Senckenberganlage 31–33 (Mehrzweckteil),
2. von ihm genutzte Räume im Erdgeschoß (ohne Dekanat und Prüfungsamt) und im Kellergeschoß des Universitätshauptgebäudes,

Fachbereich 10, Neuere Philologien

Der Fachbereich erhält zunächst direkt:

1. Räume in der Gräfstraße 78,
2. Räume im Kettenhofweg 135,
3. Räume in der Schumannstraße 34b,
4. Räume in der Schwindstraße 8,
5. Räume in der Gräfstraße 69.

Gleichzeitig sind vom Fachbereich zu räumen:

1. Räume in der Gräfstraße 39,
2. Räume in der Georg-Voigt-Straße 12.

Im Laufe des weiteren Verteilungsverfahrens werden dem Fachbereich folgende weiteren Räume zugewiesen:

1. sämtliche Räume in der Georg-Voigt-Straße 6,
2. sämtliche Räume in der Georg-Voigt-Straße 8,
3. sämtliche Räume im Kettenhofweg 135,
4. Räume in der Gräfstraße 79.

Fachbereich 11, Ost- und außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Der Fachbereich erhält:

1. die Räume in der Georg-Voigt-Straße 12,

3. die ihm bisher zur Verfügung stehenden Flächen im Kettenhofweg 135 und in der Gräfstraße 39.

Im Laufe des Umsetzungsverfahrens werden dem Fachbereich folgende weitere Räume zugesprochen:

1. Im Hauptgebäude die bisherigen Dekanate des Fachbereichs 8 und des Fachbereichs 15,
2. die Bockenheimer Landstraße 138 a (bisher Wirtschaftsgeographie),
3. die Schumannstraße 34 a (bisher Dekanat des Fachbereichs 18).

Fachbereich 3, Gesellschaftswissenschaften

Der Fachbereich wird im 16. bis 30. Geschoß des Turmes untergebracht. Die Bibliothek des Fachbereichs wird im 17. bis 19. Geschoß eingerichtet.

Fachbereich 4, Erziehungswissenschaften

Der Fachbereich zieht in die Obergeschosse 5 bis 15 des Turmes. Zusätzlich erhält er die Räume in der Feldbergstraße 42.

Fachbereich 5, Psychologie

Das Institut für pädagogische Psychologie zieht in die Obergeschosse 30 bis 33 des Turmes, das Institut für Psychoanalyse in das 37. Obergeschoß, wo weitere Sonderräume für den Fachbereich zur Verfügung stehen. Außerdem behält der Fachbereich die ehemaligen Räume der Pädagogischen Psychologie im Kettenhofweg 128 und die dort bisher vom Fachbereich 13 genutzten Räume. Die Räume im Kettenhofweg 135 und in der Friedrichstraße 47 werden geräumt.

Fachbereich 6, Religionswissenschaften

Der ganze Fachbereich zieht in die Obergeschosse 33 bis 36 des Turmes.

Fachbereich 7, Philosophie

Die räumliche Situation des Fachbereichs (Dantestraße) bleibt unverändert.

Fachbereich 8, Geschichtswissenschaften

Der Fachbereich gibt die Räume des Dekanats sowie den Seminarraum für Didaktik der Geschichte und seine Räume in der Gräfstraße 79 ab. Dafür erhält er das 4. Obergeschoß in der Friedrichstraße 47 sowie die ehemaligen Räume des Indogermanischen Seminars in der Gräfstraße 74/76.

Fachbereich 9, Klassische Philologie und Kunstwissenschaften

Dem Fachbereich werden die freiwerdenden Räume in der Sophienstraße 1 bis 3 (vorher Didaktisches Zentrum, Didaktik der Sozialkunde, Didaktik der Geschichte) zugewiesen.

Fachbereich 10, Neuere Philologien

Der Fachbereich erhält zunächst direkt:

1. Räume in der Gräfstraße 78,
2. Räume im Kettenhofweg 135,
3. Räume in der Schumannstraße 34b,
4. Räume in der Schwindstraße 8,
5. Räume in der Gräfstraße 69.

Gleichzeitig sind vom Fachbereich zu räumen:

1. Räume in der Gräfstraße 39,
2. Räume in der Georg-Voigt-Straße 12.

Im Laufe des weiteren Verteilungsverfahrens werden dem Fachbereich folgende weiteren Räume zugewiesen:

1. sämtliche Räume in der Georg-Voigt-Straße 6,
2. sämtliche Räume in der Georg-Voigt-Straße 8,
3. sämtliche Räume im Kettenhofweg 135,
4. Räume in der Gräfstraße 79.

Fachbereich 11, Ost- und außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften

Der Fachbereich erhält:

1. die Räume in der Georg-Voigt-Straße 12,

2. die Räume in der Georg-Voigt-Straße 10.

Der Fachbereich gibt die Räume des ehemaligen Indogermanischen Seminars in der Gräfstraße 74/76 ab. Bei Zustimmung der beteiligten Fachbereiche 10 und 11 kann in Zusammenarbeit mit dem Kanzler auch eine andere Verteilung der Räume in der Georg-Voigt-Straße vereinbart werden.

Fachbereich 12, Mathematik

Für den Fachbereich wird keine Änderung vorgenommen. Die vom Fachbereich 13 ausgeliehenen Räume sollen dem Fachbereich 12 zurückgegeben werden.

Fachbereich 13, Physik

Dem Fachbereich werden zugewiesen

1. Räume in der Gräfstraße 39,
2. Räume in der Varrentrappstraße 47.

Aufgegeben werden die Räume im Kettenhofweg 128 und in der Senckenberganlage 31–33. Nach dem Umzug der Chemie nach Niederursel wird der Fachbereich 13 die von ihm genutzten Räume in der Sophienstraße aufgeben. Für die Robert-Mayer-Straße 7 bis 9 wird eine Option von rund 200 Quadratmetern vermerkt. Die Verwaltung wird gebeten, Möglichkeiten für eine Fortsetzung des Mietverhältnisses in der Myliusstraße 30 zu prüfen, in der gegebenenfalls das Institut für Geschichte der Naturwissenschaften als Alternative zur Varrentrappstraße untergebracht werden kann.

Fachbereich 14, Chemie

S. o. erster Grundsatzbeschluss.

Fachbereich 15, Biochemie und Pharmazie

S. den ersten Grundsatzbeschluss.

Fachbereich 16, Biologie

S. den ersten Grundsatzbeschluss. Weiterhin werden in der Sophienstraße 1 bis 3 für das Seminar der Didaktik der Biologie weitere Räume, die zur Zeit von den Fachbereichen 13 und 14 genutzt werden, zur Verfügung gestellt.

Fachbereich 17, Geowissenschaften

Für den Fachbereich werden keine Veränderungen beschlossen.

Fachbereich 18, Geographie

Nach dem Freiwerden der Schumannstraße 58 bis 60 und 63 werden diese dem Fachbereich insgesamt zur Verfügung gestellt. Dazu werden vom Fachbereich sämtliche Räume außerhalb der Senckenberganlage geräumt.

Beschlüsse über weitere Einrichtungen der Universität:

Das **Didaktische Zentrum** zieht in das 1. bis 3. Obergeschoß des Turms.

Das Institut für **Geschichte der Medizin** wird in den Klinikbereich umgesiedelt.

Die **Studentenabteilung** wird im Erdgeschoß des Hauptgebäudes untergebracht.

Dem **Staatlichen Hochschulbauamt** werden Räume in der Dantestraße 9 zugewiesen.

Die **Bildstelle** erhält vorbehaltlich einer weiteren Klärung zusätzliche Räume im Keller des Hauptgebäudes. Der **Personalrat** wird zusammen mit der **Neuen Bühne** und dem **Filmstudio** im ersten Obergeschoß der Bockenheimer Landstraße 140 untergebracht.

Dem **Studentenarzt** wird das gesamte 2. Obergeschoß der Bockenheimer Landstraße 140 b zugewiesen. Die Verwaltung wird gebeten, die Umsetzung des studentischen Reisedienstes zugunsten eines dritten Studentenarztes (Betriebsarztes) anzustreben.

Kolbheime

Gegen den Protest der Heimbewohner hat am Dienstagabend der Vorstand des Vereins »Walter-Kolb-Studentenhaus« die Auflösung des Vereins beschlossen und gleichzeitig der Übertragung des Vermögens auf die »Stiftung Studentenhaus« zugestimmt. Die drei Heime mit rund 280 Plätzen sollen dadurch erhalten bleiben. Die Heimbewohner kritisieren, daß sie zum Übernahmevertrag nicht ausreichend gehört worden seien. Insbesondere ging es ihnen um die Heimselbstverwaltung.

Medizin: Zentren eingerichtet

Die Fachbereichskonferenz Humanmedizin der Frankfurter Universität wählte neben anderen Gremien am Donnerstag der vergangenen Woche die beiden Prodekane. Einzige Kandidaten waren die bisherigen Prodekane, Prof. Dr. Hans Joachim Müller und Prof. Dr. Peter Alexander Fischer. Prof. Müller wurde im ersten Wahlgang mit 144 von 278 stimmberechtigten Mitgliedern der Konferenz für drei Jahre wiedergewählt. Prof. Fischer erhielt im zweiten Wahlgang die erforderliche Mehrheit (143 Stimmen) und ist damit Prodekan für zwei weitere Jahre. Der Dekan, Prof. Dr. Otto Hövels, bleibt nach dem Hessischen Universitätsgesetz noch zwei Jahre im Amt. Er sieht in der Wiederwahl der beiden Prodekane eine Bestätigung der bisherigen Politik des Dekan-Kollegiums.

Vor den Wahlen kam es zu einer Kontroverse über die Rolle der »Ratio«, der beide Prodekane angehören, im Konvent und im Fachbereich. Von studentischer Seite wurde dieser Professoren-Liste, die hauptsächlich aus Medizinern besteht, der Vorwurf gemacht, sie gebe sich zwar im Fachbereich ein progressives Image, unterstütze aber im Konvent eine Gruppe, die zunehmend ihre liberalen Züge verloren habe. Weiterhin wurde kritisiert, daß es keine Alternativkandidaten zu den Prodekanwahlen gab. Der Listenführer, Prof. Dr. Klaus Hübner, wies die Vorwürfe gegen die »Ratio« als »nahezu eine Verleumdung« zurück.

Vor der Fachbereichskonferenz, die für die Humanmedizin ähnliche Funktionen hat wie der Konvent für die Fachbereiche 1 bis 18, trug der Dekan den Tätigkeitsbericht für die Zeit vom Dezember 72 bis Juni 73 vor. Prioritäten hatten in diesem halben Jahr die Umstrukturierung des Fachbereichs und die Studienreform. Die Umstrukturierung der bisherigen Kliniken und Institute im Fachbereich ist inzwischen abgeschlossen, nachdem in den vergangenen Wochen die drei letzten Zentren eingerichtet wurden. Der Fachbereich Humanmedizin der Frankfurter Universität ist damit der erste der hessischen Universitäten, der vollständig auf der Basis der neuen Zentrumsstruktur arbeiten kann. Die Zentren wiederum sind funktionsbezogen in Abteilungen untergliedert. Kritisch merkte Hövels an, daß sich die kollegiale Führung der Zentren durch die Direktorien noch zu bewähren habe.

Auf dem Gebiet der Studienreform wurden Stundenpläne für das vorläufige und das klinische Studium erarbeitet. Weiterhin wurde ein Konzept für die Unterrichtung der Medizinstudenten im praktischen Jahr gemäß der neuen Approbationsordnung aufgestellt. Erstmals erprobte der Fachbereich in diesem Sommersemester eine mehrtägige Studienführung für Erstsemester, die so erfolgreich war, daß sie wiederholt werden wird. Äußerst problematisch ist, wie Hövels schilderte, die Finanzsituation der Humanmedizin. Die 20- bis 30prozentige Sperrung der Mittel und die Nichtzuweisung neuer Personalstellen hätten die Arbeit außerordentlich erschwert. Hinzu kam, daß von den Anträgen für Großgeräte zum 2. Rahmenplan im Wert von 1,2 Millionen Mark nichts genehmigt wurde. Hövels hat wenig Hoffnung auf eine spürbare Verbesserung dieser Lage. Er prophezeigte eine »trübe Zukunft«. Der neue Fachbereichsrat werde bei den Haushaltsanmeldungen für 1974/75 kaum Spielraum haben. Hingegen werde er die Beschränkung einiger Aufgaben erwägen müssen. Außerdem sieht der Dekan in der unzureichenden Ausstattung der Humanmedizin eine Gefährdung der Studien- und Hochschulreform.

Auf der Tagesordnung standen weiter umfangreiche Wahlen.

Vertreter der Akademischen Krankenhäuser

Prof. Dr. Edgar Ungeheuer, der von den Krankenhäusern vorgeschlagen worden war, erhielt nicht die erforderliche Mehrheit.

Mitglieder des Fachbereichsrats

1. Professoren
Die Liste »Ratio« erhielt 5 Sitze, die Liste »Liberale Professoren« erhielt 2 Sitze. Gewählt sind die Professoren

Klaus Hübner, Klaus Breddin, Joachim Eisenach, Hans Hacker und Klaus Ring (alle Ratio) sowie Klaus Wanke und Ralph Schubert (Liberale Professoren).

2. Dozenten
Gewählt wurden die Dozenten Wolfgang Arnold (unabhängige Dozenten) und Björn Lemmer (Demokratisch-progressive Dozenten).

3. Wissenschaftliche Bedienstete
Gewählt wurden Ahmed El Sigai und Sigfried Tuengerthal (Unabhängige Assistenten) sowie Cesar Rodriguez und Manfred Möller (Demokratisch-progressive Dozenten).

4. Studenten
Alle drei Sitze entfielen auf die Liste Promed. Das ads/SLH erhielt keinen Sitz. Gewählt wurden Peter Harth, Michael Rust und Josef Lindenberger.

5. Weitere Bedienstete
Gewählt wurde Gerhard Bleuel von der Unabhängigen Wählervereinigung.

Mitglieder des Ausschusses für Lehr- und Studienangelegenheiten
Gewählt wurden Prof. Bernfried Leiber, Dozent Jürgen Berghäuser sowie die Studenten Gernot Heller Ingrid Lahl und Hannelore Müller.

Mitglieder des Ausschusses für Forschungsangelegenheiten
Gewählt wurden die Professoren Georges Fülgraff und Horst Naujoks, der Dozent Uwe Ganzer, der wissenschaftliche Bedienstete Ralf Thomas Michel und der Student Jürgen Enkel.

Mitglieder des Ausschusses für Haushaltsangelegenheiten
Gewählt wurden die Professoren Joachim Gerchow und Wilhelm Schoep-

pe, der Dozent Peter Spitz, der wissenschaftliche Bedienstete Olaf Mathey, der Student Konrad Diehl und der weitere Bedienstete Manfred Stock.

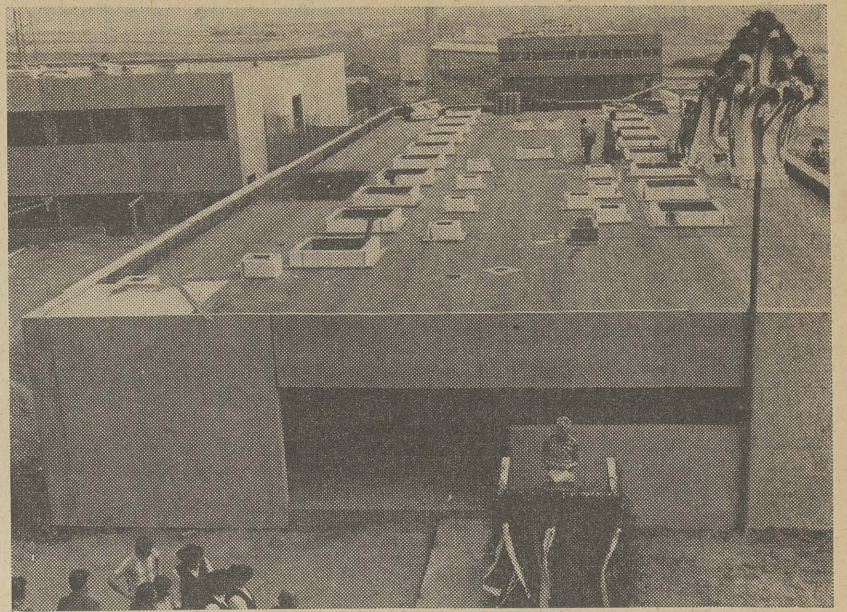
Mitglieder des Ausschusses für Personalangelegenheiten

Gewählt wurden die Professoren Gerhard May und Dietrich Hofmann, der Dozent Jürgen Kleinebrecht, der wissenschaftliche Bedienstete Karl Brandt und der Student Peter Dominiak.

Vertreter im Vorstand des Klinikums

Gewählt wurden der wissenschaftliche Bedienstete Lothar Krehan und der weitere Bedienstete Alfons Pezalla.

Weiterhin wählte die Fachbereichskonferenz die studentischen Mitglieder in den Direktorien der Medizinischen Zentren und der ständigen Betriebseinheiten.



Richtfest auf dem Niederurseler Hang. Baudirektor Schultheis vom Staatlichen Universitätsbauamt gab in seiner Rede einen Überblick über die neuen Gebäude, ihre Kosten und ihre Funktion für die weiteren Bauabschnitte, die auf dem Hang entstehen sollen.
Foto: Bopp

Richtfest auf dem Hang

Am vergangenen Freitag (29. Juni) fand auf dem Niederurseler Hang gemeinsam für die Bauabschnitte Werkstattgebäude, Lösungsmittelbunker, Stützpunktstation, Technische Zentrale und Bedarfsheizwerk ein Richtfest statt. An der gleichen Stelle war im September 1971 der 1. Bauabschnitt des Chemischen Instituts gefeiert worden.

Was sich da scheinbar beziehungslos in und unter der Landschaft verliert, sind erste Mosaiksteine einer Gesamtplanung für die Ver- und Entsorgung einer Universitätsstadt, die nach und nach auf dem Niederurseler Hang entstehen soll.

Da sind einmal das Werkstattgebäude und der Lösungsmittelbunker. Beide Gebäude sind auf den Bedarf der Gesamt-Chemie ausgelegt. Bis zur Errichtung des 2. Bauabschnittes des Chemischen Instituts werden

Teilbereiche beider Gebäude, die zur Zeit noch nicht für ihre endgültige Zweckbestimmung benötigt werden, genutzt, um die ersten Studenten auf dem Hang aus der Stadtmensa mit Essen zu versorgen und die Fachbücherei der Chemiker aufzunehmen.

Im Lösungsmittelbunker werden die Abwässer des Instituts aufgefangen und solange behandelt, bis man sie gefahrlos in das öffentliche Kanalnetz fließen lassen kann. Er ist räumlich so zugeschnitten, daß später weitere Anlagen für die 2. Chemie und das Biologische Institut aufgestellt werden können.

Die Gesamtbaukosten beider Gebäude sind mit 3,5 Millionen Mark veranschlagt. Die Summe wird nur dann verständlich, wenn man weiß, daß hier hochinstallierte Spezialwerkstätten entstehen, explosions-sichere Räume für die Aufstellung von Auto-

klaven geschaffen werden und dafür gesorgt wird, daß Chemikalien und Lösungsmittel absolut sicher gelagert werden können.

Zu den Mosaiksteinen aus der Gesamtplanung des Ver- und Entsorgungsnetzes gehört als bedeutendstes Bauwerk der 3-zügige Versorgungskanal. Er ist das erste Teilstück eines Systems von Kanalringen, die sich einmal um die Quartiere der Universität legen und in der Heizzentrale enden werden. Der Kanal ist so gebaut, daß ein unterirdischer Verkehrsweg freigehalten wird, auf dem das Wartungspersonal jeden Punkt erreichen kann. Es wird in Zukunft keine Straße mehr aufgerissen werden, um eine neue Leitung zu verlegen.

Am östlichen Ende des ersten Kanalabschnittes wurde das sogenannte Bedarfsheizwerk errichtet. Es handelt sich dabei um ein Provisorium für voraussichtlich 10 bis 15 Jahre. Dann wird es nach den Berechnungen der Planer notwendig und wirtschaftlich vertretbar sein, die endgültige Heizzentrale zu errichten. Die Gesamtbaukosten des Kanals und des Heizwerkes belaufen sich auf 5,8 Millionen Mark. Teil der Gesamtversorgungsplanung ist die Stützpunktstation I. Dieses Gebäude wird zunächst die erste Ausbaustufe der endgültig in der Heizzentrale unterzubringenden Telefonzentrale aufnehmen, ferner eine Transformatorenstation und Anlagen zur Notstromversorgung. Außerdem galt das Richtfest auch noch der Zentrale Gas/Wasser.

Die Gesamtkosten aller »gefeierten« Gebäude werden bei 11,4 Millionen Mark liegen. Das Ziel, welches sich alle beteiligten Planer gestellt hatten, wo irgend möglich unwirtschaftliche Provisorien zu vermeiden und statt dessen einen durchdachten Schritt hin auf die geplante Gesamtversorgungs-konzeption zu tun, konnte weitgehend erreicht werden.

Prof. Güntz †

Am 28. Juni ist Professor Dr. Eduard Güntz im Alter von 69 Jahren gestorben. Von 1949 bis 1969 war er Inhaber des Lehrstuhls für Orthopädie an der Universität Frankfurt.

Vor seiner Berufung war Prof. Güntz in Dresden und in Kiel tätig. Sein wissenschaftliches Interesse galt der Wirbelsäule und ihren Erkrankungen. Auf diesem Gebiet verdankt ihm die Wissenschaft wesentliche Erkenntnisse.

Prof. Schubert †

Am 30. Juni starb Professor Dr. Friedrich Hermann Schubert, Dekan des Fachbereichs Geschichtswissenschaften.

Nach dem Studium war er bei der Historischen Kommission der Bayerischen Akademie der Wissenschaften, danach an der Universität München tätig. 1963 wurde er ordentlicher Professor an der Universität Kiel. Seit 1968 war Prof. Schubert Inhaber des Lehrstuhls für Mittlere Neuere Geschichte III und Direktor des Historischen Seminars der Universität Frankfurt.

Die Wahl wurde abgebrochen

Die Wiederholungswahlen zu den Fachbereichskonferenzen Gesellschaftswissenschaften und Erziehungswissenschaften für die Gruppe der Studenten in der vergangenen Woche mußten am Mittwoch vorzeitig abgebrochen werden. Denn nach einer Vollversammlung marschierten rund 100 Studenten zu den beiden Wahllokalen und entwendeten dort die Urnen und Wählerverzeichnisse. Die Urnen wurden geöffnet, die wenigen darin enthaltenen Wahlbriefe ins Gelände zerstreut, die Wählerverzeichnisse zerrissen.

Die Wahlen waren zuvor schon weitgehend boykottiert worden. Dazu hatten der KSV und der KSB auf Flugblättern aufgerufen. Der Hauptgrund lag darin, daß nicht alle Lehramtsstudenten in diesen beiden Fachbereichen wahlberechtigt waren. Außerdem wurde kritisiert, daß bei der Aufstellung der Wählerverzeichnisse und der Wahllisten das »Rekonstruktionsprinzip« angewandt worden war. Das bedeutete, daß bei der Wiederholungswahl nur diejenigen Studenten ein Stimmrecht hatten, die schon im vergangenen Wintersemester immatrikuliert waren und daß die Wahllisten vom Wintersemester weiterhin gültig waren.

Bei der Wahl im Februar dieses Jahres waren automatisch alle Lehramtsstudenten wahlberechtigt. Das aber widersprach einem Beschluß des Zentralen Lehr- und Studienausschusses. Die Folge der automatischen Zuordnung aller Lehramtsstudenten zu den Fachbereichen Gesellschafts- und Erziehungswissenschaften war, daß die Zahl der Wahlberechtigten außerordentlich hoch war und die Studenten nicht die erforderliche Wahlbeteiligung erreichten, um alle ihnen zustehenden Sitze in den Fachbereichskonferenzen zu erhalten. Die Wahlbeteiligung lag jeweils nur bei rund 22 Prozent, dadurch verloren die Studenten die Hälfte ihrer Sitze.

Wegen der Nichtbeachtung des Beschlusses des Lehr- und Studienausschusses bei der Aufstellung der Wählerverzeichnisse hatte der Wahlleiter mit Erfolg die Wahl vom Februar angefochten. Bei der Wiederholungswahl waren nur diejenigen Studenten in den beiden genannten Fachbereichen wahlberechtigt, die hier eines ihrer Unterrichtsfächer

bzw. ein Hauptfach oder ein Nebenfach, ein Wahlfach oder eine Wahlfachdidaktik studieren. Damit sank die Zahl der Wahlberechtigten in den Gesellschaftswissenschaften auf rund 4300 Studenten, in den Erziehungswissenschaften auf rund 3500 Studenten.

Die Kritik an der Wiederholungswahl artikuliert sich zuerst in der Sitzung der Fachbereichskonferenz Erziehungswissenschaften am 19. Juni. In einem Beschluß wurde der Wahlvorstand dieses Fachbereichs aufgefordert, die Wahlen bis zur Klärung des Wahlrechts der Lehramtsstudenten nicht durchzuführen. Darauf trat der Wahlvorstand zunächst zurück, erklärte sich aber bis auf zwei Mitglieder nach einer Beanstandung durch den Präsidenten bereit, die Rücktrittserklärung zu widerrufen.

Schließlich konnte die Wahl in beiden Fachbereichen ordnungsgemäß begonnen werden. Allerdings befolgten die meisten Studenten einen Boykottaufruf von KSB und KSV. Am Nachmittag des zweiten Wahltages wurde auf einer gemeinsamen Vollversammlung beider Fachbereiche mit überwiegender Mehrheit der Beschluß gefaßt, die Wahl zu beenden. Also zogen die Teilnehmer zu den Wahllokalen und entwendeten Urnen sowie Wählerverzeichnisse.

In einer Presseerklärung verurteilten der Präsident und der zentrale Wahlleiter scharf diese Aktion. Damit sei ein demokratisches Wahlverfahren verhindert worden. Der Präsident verwies auf die unsinnige Verschwendung von öffentlichen Mitteln (rund 15 000 Mark). Man dürfe sich nicht wundern, wenn derartige unsinnige Vorgänge die Bereitschaft der Steuerzahler, den steigenden Be-

Prof. Engels Prädekan

Prof. Dr. rer. pol. Wolfram Engels, der das Fach Betriebswirtschaftslehre, insbesondere Bankbetriebslehre, vertritt, wurde in der vergangenen Woche zum Prädekan (neuer designierter Dekan) im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften gewählt. Von 47 anwesenden Mitgliedern der Fachbereichskonferenz stimmten im ersten Wahlgang 26 Mitglieder für ihn, drei Stimmen entfielen auf Frau Prof. Kohlbeck, sechs Mitglieder enthielten sich und 12 Mitglieder stimmten mit nein.

Diskussion über den NC

Um sich darüber zu informieren, ob nach Ansicht der Universität und der einzelnen Fachbereiche aus Kapazitätsgründen die Ausdehnung des Numerus clausus dringend erforderlich erscheint, kam am Freitag der vergangenen Woche der Vertreter des Kultusministers, Herbert Wolf, nach Frankfurt. Für den Vormittag war geplant, die einzelnen Fachbereiche nach ihren Vorstellungen zu befragen, am Nachmittag war eine Diskussion mit dem zentralen Lehr- und Studienausschuß angesetzt.

Diese Terminplanung wurde auch eingehalten, allerdings in nicht ganz programmgemäßer Form. Denn schon am Vormittag erschienen zahlreiche Studenten zur Anhörung der Fachbereichsvertreter, so daß der Senatssaal dicht gedrängt überfüllt war. Die Studenten setzten durch, daß über weite Strecken nicht mit den offiziellen Fachbereichsvertretern, sondern mit ihnen diskutiert wurde. Ihr Ziel war es nach eigenen Aussagen, grundsätzlich gegen den Numerus clausus und gegen die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen zu kämpfen. Weiterhin wollten sie von Wolf konkret erfahren, ob und für welche Fächer das Kultusministerium die Einführung eines neuen Numerus clausus plant.

Wolf allerdings erwies sich vorausschaubar als der falsche Adressat. Zum grundsätzlichen Problem des Numerus clausus und der Ausbildungsbedingungen verwies er die Studenten an diejenigen Politiker, die über die Verteilung der Mittel aus öffentlicher Hand zu entscheiden haben. Über konkrete Numerus clausus-Pläne des Kultusministers, so gab er an, konnte er nichts sagen, da erst die Anhörung der Universität zu Entscheidungen führen soll.

Am Nachmittag wiederholte sich eine ähnliche Diskussion vor dem Ausschuß, der nicht beschlußfähig war. Als sich herausstellte, daß Wolf nicht mehr sagen konnte als am Vormittag, stritten die Studenten, die unterschiedlichen sozialistischen und kommunistischen Gruppen angehörten, untereinander über verschiedene

einzuschlagende Strategien. Nach etwa anderthalb Stunden verließen sie unbefriedigt den Sitzungssaal, der unvollständige Ausschuß ging auseinander.

Die Anhörung der einzelnen Fachbereichsvertreter ergab folgendes Bild:

Fachbereich Rechtswissenschaften
Zur Zeit besteht kein Bedürfnis nach Einführung eines NC. Diese Situation könnte sich bei der Einführung der einphasigen Juristenausbildung ändern.

Fachbereich Wirtschaftswissenschaften
Kein Bedürfnis nach Einführung eines NC im Wintersemester, obwohl die finanziellen Mittel und die personelle Ausstattung sehr bedenklich sind.

Fachbereich Gesellschaftswissenschaften
Die Fachbereichskonferenz hat schon im vergangenen Semester die Einführung eines NC strikt abgelehnt. Nach Ansicht des Fachbereichs kann die Planungsunfähigkeit für die Universität nicht auf dem Rücken der Studenten ausgetragen werden.

Fachbereich Erziehungswissenschaften
Die Fachbereichskonferenz hat den NC strikt abgelehnt, er sei auch wegen des großen Bedarfs, insbesondere an Diplom-Pädagogen, sachlich nicht zu rechtfertigen.

Fachbereich Psychologie
Die bisherige NC-Quote von 30 Studenten pro Semester muß beibehalten werden.

Fachbereich Religionswissenschaften
Keine Kapazitätsschwierigkeiten, also auch kein NC erforderlich.

Fachbereich Geschichtswissenschaften
Ein NC ist nicht erforderlich, auch wenn die Studentenzahlen noch ansteigen.

Fachbereich Klassische Philologie und Kunstwissenschaft
Ein NC wird nicht beantragt. Allerdings ist die Kunsterziehung überbelegt, neue Stellen müßten bewilligt werden.

Fachbereich Neuere Philologien
Ein NC wird abgelehnt. Beim Argument, daß sich die Qualität der Ausbildung durch Überfüllung verschlechtert, sei auch an die schlechte Qualität der Ausbildung derer zu denken, die von einem NC betroffen würden.

Fachbereich Ost- und Außereuropäische Sprach- und Kulturwissenschaften
Bisher keine Schwierigkeiten, also kein NC notwendig.

Fachbereich Mathematik
Kein NC erforderlich.

Fachbereich Physik
Kein NC erforderlich.

Fachbereich Chemie
Die Quote im Wintersemester müßte wegen Änderung des Studienplans von 60 auf 40 Studienanfänger gesenkt werden (je 20 für das Diplom-Studium und das Lehramtsstudium).

Fachbereich Biochemie und Pharmazie
Die Quote von bisher 50 Pharmazie-Studenten müßte auf 40 gesenkt werden, da die Sicherheit der Arbeitsplätze nicht mehr gewährleistet ist.

Fachbereich Biologie
Die Situation ist unverändert, die Quote von 20 Studenten kann nicht erhöht werden.

Fachbereich Geowissenschaften
Kein NC erforderlich.

Fachbereich Geographie
Kein NC erforderlich.

Fachbereich Humanmedizin
Die Quote von 180 Medizinstudenten und 25 Zahnmedizinstudenten muß beibehalten werden.

Letzte Meldung:
Die Zulassungsquoten sind:
Studiengang
Diplom-Pädagogen: 300
Studiengang
Diplom-Psychologen: 45
(um 15 erhöht)
Keine weiteren neuen Zulassungsbeschränkungen.

Paul-Ehrlich-Preis 1974

Hauptpreis des Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preises 1974

Der Stiftungsrat der Paul-Ehrlich-Stiftung hat den Hauptpreis des Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preises 1974 gemeinsam den Herren Professoren Dr. J. L. GOWANS, MRC Cellular Immunology Unit, Sir William Dunn School of Pathology, University of Oxford, und

Dr. J. F. A. P. MILLER, Experimental Pathology Unit, The Walter and Eliza Hall Institute of Medical Research, Melbourne, verliehen.

Der Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preis, die höchste wissenschaftliche Auszeichnung, die in der Bundesrepublik Deutschland vergeben wird, ist mit insgesamt 100 000,— DM dotiert und wird mit je 50 000,— DM in zwei aufeinanderfolgenden Jahren — jeweils am 14. März, dem Geburtstag Paul Ehrlichs — an Wissenschaftler verliehen, die sich auf seinen Arbeitsgebieten, insbesondere der Blutforschung, Immunitätslehre, Chemotherapie und Krebsforschung, besondere Verdienste erworben haben.

Die Paul-Ehrlich-Stiftung wurde im Jahr 1929 von Frau Hedwig Ehrlich errichtet. Sie wird seitdem innerhalb des Vermögens der »Vereinigung von Freunden und Förderern der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main e.V.« verwaltet.

Die beiden Hauptpreisträger des Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preises 1974, die Herren Professoren Dr. Gowans und Dr. Miller, werden mit dem Hauptpreis unter Überreichung der »Goldmedaille des Paul-Ehrlich- und Ludwig-Darmstaedter-Preises« und der Ehrenurkunde am 14. März 1974 im Rahmen eines Akademischen Festaktes in der Paulskirche zu Frankfurt am Main ausgezeichnet werden.

UNI-REPORT

Zeitung der Universität Frankfurt am Main. Herausgegeben von der Presse- und Informationsstelle der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt, 6 Frankfurt am Main 1, Senckenberganlage 31, Telefon 7 98 - 25 31 oder 24 72. Fernschreibanschluß 0 413 932 unif d. Redaktion; A. Füllgraff und R. Heisig.

Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Herausgeber wieder.

UNI-REPORT erscheint alle 14 Tage am Donnerstag, mit Ausnahme der Semesterferien. Die Auflage von 15 000 Exemplaren wird an die Mitglieder der Universität Frankfurt am Main verteilt. Zur Zeit ist die Anzeigenpreisliste Nr. 3 vom 1. Oktober 1971 gültig. — Druck Union-Druckerei, 6 Frankfurt am Main.

Im **Institut für Physikalische Chemie** der Universität Frankfurt am Main (Physikalische Chemie III) ist ab sofort die Stelle einer

SEKRETÄRIN (BAT VI b)

zu besetzen. Geboten werden abwechslungsreiche Tätigkeit und angenehme Arbeitsbedingungen. Gewünscht werden englische Sprachkenntnisse.

Bewerbungen erbeten an Prof. Dr. F. Comes über den Dekan des Fachbereichs Chemie.

Am **Institut für Galenische Pharmazie** der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main (Fachbereich 15 — Biochemie und Pharmazie) ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

(BAT IIa) zu besetzen. Aufgabengebiet: Vorbereitungsarbeiten und Mitarbeit bei Lehr- und Forschungsaufgaben im Bereich der Pharmazeutischen Technologie.

Anforderungen an die Bewerber: Abgeschlossenes pharmazeutisches Hochschulstudium; Erfahrungen in der instrumentellen Analytik der Assoziationskolloide, Kenntnisse in der Technologie der Salben und Gele.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen sind an das Sekretariat des Instituts für Galenische Pharmazie, 6 Frankfurt, Georg-Voigt-Straße 16, zu richten.

Im **Fachbereich Biochemie und Pharmazie** der Universität Frankfurt ist zum 1. August 1973 oder später die Stelle einer

FACHBEREICHSSEKRETÄRIN

zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach BAT Vc. Sichere Beherrschung aller Sekretariatsarbeiten sowie Kenntnisse in Englisch sind erforderlich, Erfahrungen in der selbständigen Bearbeitung von Verwaltungsangelegenheiten erwünscht.

Bewerbungen sind zu richten an den Dekan des Fachbereichs Biochemie und Pharmazie, Prof. Dr. K. Thoma, 6 Frankfurt am Main, Georg-Voigt-Straße 16.

In der **Personalabteilung** der Universität sind folgende Stellen zu besetzen:

ZWEI INSPEKTOREN/OBERINSPEKTOREN (A 9/A 10) oder BEAMTE DES MITTLEREN DIENSTES

Aufgabengebiet: Personalsachbearbeitung im Bereich Angestellte, Arbeiter, wiss. Hilfskräfte, Drittmittel.

EIN VERWALTUNGSGANGESTELLTER/-ANGESTELLTE (Vb BAT)

Aufgabengebiet: Sachbearbeiter für Beihilfen, Reisekosten, Umzugskosten und Trennungentschädigung.

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an den Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 6 Frankfurt, Schumannstraße 58.

Im **Zentralen Recheninstitut** werden für sofort oder später 2 **PROGRAMMIERERINNEN**

(Ausbildung als math.-techn. Assistentin erforderlich) gesucht. Bezahlung erfolgt nach BAT IVb. Bewerbungen bitten wir an das Zentrale Recheninstitut, 6 Frankfurt a. M. 90, Gräfstr. 38, zu richten.

Im **Fachbereich Philosophie** der Universität Frankfurt a. M. ist die Stelle einer

HALBTAGSSEKRETÄRIN

(BAT VII) bei einem jungen Hochschullehrer zu besetzen. Interessantes Aufgabengebiet, günstige Arbeitszeit. Stenographie und Schreibmaschine erforderlich. Bewerbungen an den Dekan des Fachbereichs Philosophie, 6 Frankfurt, Dantestraße 4—6, Telefon 7 98 - 28 73.

Im **Fachbereich Humanmedizin** sind zum 1. Oktober 1973 für die neu geschaffene Abteilung für Biomathematik folgende Stellen zu besetzen:

1. Eine Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN ANGESTELLTEN

(BAT IIa) für Biomathematik.

Aufgaben: Assistenz bei der biomathematischen Ausbildung von Studenten der Medizin sowie bei der Beratung und Weiterbildung von Medizinern, Psychologen, Naturwissenschaftlern und anderen Berufsgruppen. Teilnahme an Forschungs- und Entwicklungsprojekten auf dem Gebiete der Biometrie.

Einstellungsvoraussetzungen: Diplom oder Promotion in angewandter Mathematik (Statistik) oder in einer naturwissenschaftlichen Disziplin mit angewandt-mathematischer Vertiefung; Erfahrungen auf biomathematischem Gebiet (Statistik, Biometrie). Kenntnisse in EDV und Pharmakokinetik erwünscht, aber nicht Bedingung.

2. Eine Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN ANGESTELLTEN

(BAT IIa) für EDV.

Aufgaben: Einrichtung von biomathematischen (statistischen) Programmbibliotheken für Groß- und Kleinrechenanlagen; Programmierung spezieller Aufgaben; Beratung von Medizinern, Psychologen, Naturwissenschaftlern und anderen Berufsgruppen auf dem Gebiet der Datenverarbeitung; Teilnahme an Forschungsprojekten.

Einstellungsvoraussetzungen: Mathematisches oder naturwissenschaftliches Hochschuldiplom; mehrjährige Programmiererfahrung auf Großrechenanlagen (FORTRAN IV und V) sowie in BASIC. Kenntnisse bzw. Erfahrungen in Statistik/Biometrie erwünscht, aber nicht Bedingung.

Diese Planstelle ist nur zur vorübergehenden Besetzung in der Abteilung für Biomathematik vorgesehen; der Inhaber der Stelle soll später in der einzurichtenden Abteilung für EDV im künftigen Zentrum für Informatik weiterbeschäftigt werden.

Zur Beachtung für beide Bewerber:

Möglichkeit zur Habilitation ist vorhanden.

3. Eine Stelle einer

STENO-/PHONOTYPISTIN (BAT VII)

Erfahrungen im Schreiben von Tabellen und mathematischen Berichten sowie Kenntnisse in Englisch erwünscht, aber nicht Bedingung. Bei Interesse besteht Möglichkeit zum Einarbeiten in das Gebiet der Datenvorbereitung für die elektronische Datenverarbeitung.

Außer der Vergütung werden zahlreiche soziale Vergünstigungen, wie verbilligter Mittagstisch; Beihilfen im Krankheitsfalle; Zuschuß zum Krankenversicherungsbeitrag; tarifvertragliche Zulage und die sonstigen, im öffentlichen Dienst üblichen sozialen Leistungen gewährt.

Bewerbungen werden mit Lichtbild, Lebenslauf und Zeugnisabschriften bis 15. Juli 1973 erbeten an:

Klinikum der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main — Der Verwaltungsdirektor — 6000 Frankfurt am Main 70, Theodor-Stern-Kai 7.

Die Johann Wolfgang Goethe-Universität sucht für sofort oder später einen

BUSFAHRER

(Führerschein Kl. 2 mit Berechtigung zur Personenbeförderung)

ELEKTRIKER HEIZER

Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen werden erbeten an: Kanzler der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 6 Frankfurt am Main, Schumannstraße 58, Telefon 32 25.

Im **Fachbereich Mathematik** der Universität Frankfurt a. M. ist demnächst eine Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN MITARBEITERS

(BAT IIa, gemäß § 45 HUG) zu besetzen. Zu den Aufgaben des Stelleninhabers gehört die Betreuung von Übungen, Proseminaren und Seminaren in den Gebieten Wahrscheinlichkeitstheorie und Math. Statistik. Für die Besetzung der Stelle ist ein abgeschlossenes Mathematik-Studium Voraussetzung. Bewerbungen mit den üblichen Unterlagen (Lebenslauf, Zeugnissen, Schriftenverzeichnis) werden bis zum 20. 7. 1973 an das Dekanat des Fachbereichs Mathematik, 6 Frankfurt, Robert-Mayer-Straße 6—8, erbeten.

Am **Seminar für Bankbetriebslehre** ist die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

nach BAT IIa neu zu besetzen. Das Aufgabengebiet umfaßt die Vorbereitung, Betreuung und Durchführung von Lehrveranstaltungen, Beratung bei Diplomarbeiten und Hilfestellung bei der Bedienung von Computern.

Interessenten wollen bitte innerhalb von vierzehn Tagen nach Bekanntgabe im Sekretariat des Seminars vorstellig werden.

Das Institut für Jugendbuchforschung (Fachbereich 10 Neuere Philologien) sucht ab sofort als Halbtagskraft eine

BIBLIOTHEKARIN

Aufgabengebiet: Aufnahme von Primärliteratur, Überwachung bibliographischer Karteien, Zusammenstellung von Fachbibliographien. Vergütung erfolgt nach BAT Vb. Anfragen bitte richten an das Institut für Jugendbuchforschung, Georg-Voigt-Straße 10, Telefon 7 98 - 35 64; 7 98 - 23 98.

Zum 1. Oktober 1973 ist im **Fachbereich Mathematik** die Stelle eines

WISSENSCHAFTLICHEN BEDIENSTETEN

(VergGr BAT II a) zu besetzen. Der Bewerber soll besondere Kenntnisse und Fähigkeiten auf dem Gebiet der analytischen Zahlentheorie und der Theorie der Funktion einer komplexen Variablen besitzen und bereit sein, sich in das Gebiet der Funktionalanalysis einzuarbeiten.

Bewerbungen werden bis zum 1. September 1973 erbeten an den Dekan des FB Mathematik der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main, 6 Frankfurt am Main, Robert-Mayer-Straße 6-8.

Am **Institut für Petrologie** (Fachbereich 17, Geowissenschaften) ist ab sofort die Stelle eines

FEINMECHANIKERS (MTL)

zu besetzen. Zum Tätigkeitsfeld gehören die Mitarbeit in der feinmechanischen Werkstatt und beim Betrieb der Hochdruckanlage.

Anfragen und Bewerbungen sind zu richten an das Institut für Petrologie, Senckenberganlage 28.

Im **Dekanat des Fachbereichs Neuere Philologien** der Johann Wolfgang Goethe-Universität ist ab sofort die Stelle einer

SEKRETÄRIN

(halbtags, nachmittags) zu besetzen. Die Vergütung erfolgt nach BAT VIb.

Es handelt sich um eine selbständige und abwechslungsreiche Tätigkeit. Eine Studentin könnte hier eine vorteilhafte Nebenbeschäftigung finden. Sollten Sie über Schreibmaschinenekenntnisse verfügen und Interesse an einer angenehmen Arbeit haben, setzen Sie sich bitte in Verbindung mit: Dekanat Neuere Philologien, 6 Ffm., Georg-Voigt-Straße 12.

Falls Sie uns anrufen wollen, sind wir unter der Nummer 7 98 - 29 71 stest gerne zu einem Gespräch bereit.